



Das Artensterben stoppen!

Ein wirksames Notprogramm
für die Natur

Impressum

© 2021, NABU-Bundesverband

1. Auflage 09/2021

NABU (Naturschutzbund Deutschland) e. V.

Charitéstraße 3

10117 Berlin

www.NABU.de

Tel.: + 49 (0)30.28 49 84-0

Bundestagswahl@NABU.de

TEXT

Konstantin Kreiser

Michael Schäfer

REDAKTION

Nora Milena Vehling

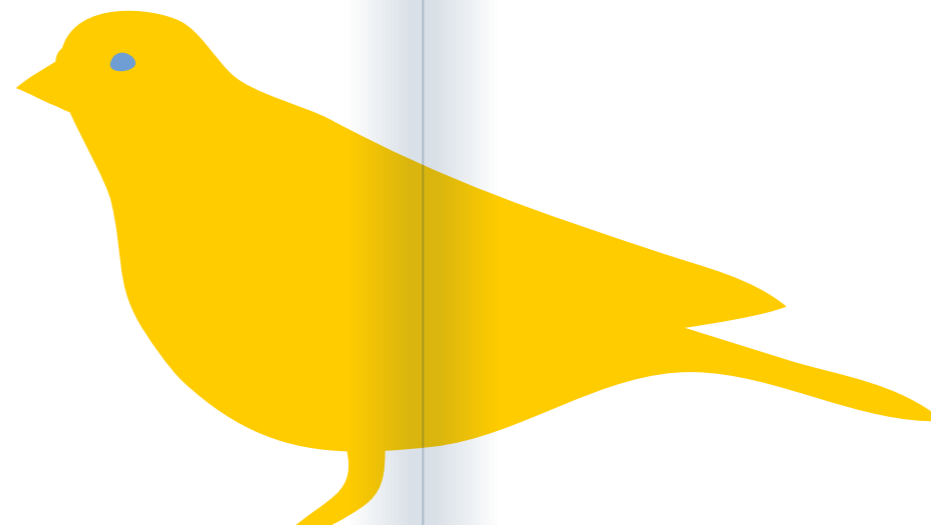
GESTALTUNG

süßes+saures Berlin

rafael@suessesundsaires.com

Inhalt

Notstand in der Natur – Warum wir jetzt handeln müssen	6
Sofortmaßnahmen	
1. Wir geben der Natur mehr Raum.	8
2. Wir schaffen Schutzgebiete, die auch tatsächlich schützen.	10
3. Wir schließen einen Pakt für Artenschutz und grüne Infrastruktur.	11
4. Wir fördern und fordern Landwirtschaft mit Zukunft.	12
5. Wir schließen einen „Blue Deal“ für den Schutz der Meere.	14
6. Wir stärken den Wald.	15
7. Wir spannen einen internationalen Schutzschirm für die weltweite Artenrettung.	16
NABU vor Ort	18



Notstand in der Natur – Warum wir jetzt handeln müssen

2018 kam das Bienensterben in den deutschen Supermarktregalen an: Leere bei Kaffee, Kakao, Schokolade, bei Säften, Obst und Weingummi, bei Babykost und sogar bei Deos oder Cremes. Was 2018 eine PR-Simulation mit großem Medienecho war, droht in den nächsten Jahrzehnten Wirklichkeit zu werden: Bestäubende Insekten verschwinden und mit ihnen die Vögel über Feldern und Wiesen, in den Weltmeeren brechen Fischbestände zusammen, eine Million Tier- und Pflanzenarten sind laut Weltbiodiversitätsrat vom Aussterben bedroht.


Doch nach Volksinitiativen, Treckerdemos und Parteienstreit ist das Echo wieder verhallt, obwohl wir weiter dabei sind, das sechste Massenartensterben in der jüngeren Erdgeschichte anzufachen. Der Verlust der biologischen Vielfalt, also der Arten und ihrer genetischen Vielfalt sowie der Vielfalt der Ökosysteme, verläuft still – zu still, denn er bedroht unsere Existenz. Sterbende Arten, kaputte Wälder und überdüngte Bäche sprechen niemandem ins Mikrofon. Es gibt keine Soforthilfen und keine Sondersendungen, obwohl sie jeden Tag stattfinden müssten. Denn wir verlieren mit Bestäubern unsere wichtigsten Nutztiere, mit geschädigten Flüssen und trockengelegten Mooren unsere wertvollste Infrastruktur. Hitzesommer und Flutkatastrophen lehren uns: Auf kühlendes Stadtgrün und wasserspeichernde Wälder können wir nicht verzichten. Und die Corona-Pandemie zeigt: Schädigen wir unsere Ökosysteme, kann jeder Wildtiermarkt, jede gerodete Fläche Tropenwald das Einfallstor einer nächsten Zoonose, einer nächsten Pandemie sein.

Bei der Biodiversität ist die Tragfähigkeit des Planeten schon längst noch stärker überschritten als bei den globalen Temperaturen – und der politische Wille zu handeln, ist noch geringer. Dabei ist für uns Menschen der Verlust an Arten und biologischer Vielfalt ebenso gefährlich wie die Klimakrise, deren Vorbote wir im Sommer 2021 überall auf der Welt, ob vor den Toren Athens, in Erfstadt oder in Sibirien schmerzhaft konkret erleben. Je weniger artenreich und stabil Gewässer, Wälder, Meere und Agrarlandschaften sind, desto schutzloser sind wir den Unbilden der Klimakrise ausgeliefert. Die Artenvielfalt ist die Firewall für unser Leben auf einem Planeten, der droht zu überhitzen. Wir entscheiden heute, ob die Natur unsere beste Verbündete in der Klimakrise bleibt. Oder ob wir Wälder, Moore und Meere zu gefährlichen Quellen von Treibhausgasen und Treibern der Krise machen. Klimaschutz ist ohne Naturschutz nicht erfolgreich.

Es wird überdeutlich, dass sich jetzt entscheidet, ob wir künftig in unserem gewohnten Umfeld weiterleben können – oder auf einem Planeten, der in einen Zustand übergeht, der für uns Menschen feindlich und völlig unberechenbar wird. Wir haben es noch in der Hand. Es ist deshalb eine Menschheitsaufgabe, die Natur- und Klimakrise zu bremsen und abzuwenden. Und es ist ein Hauptauftrag der nächsten Bundesregierung, die Natur- und die Klimakrise beherzt und zeitgleich anzupacken.

Der NABU fordert die nächste Bundesregierung auf, unverzüglich ein Notprogramm gegen die Krise der Natur aufzulegen. Deutschland muss seine Anstrengungen verdoppeln: Ein wirksamer Schutzschirm für die Natur in Deutschland muss künftig mit einer Milliarde Euro im Jahr zusätzlich finanziert werden. Weitere zwei Milliarden Euro sollte die neue Bundesregierung den ärmsten Ländern als internationale Naturschutzhilfe bereitstellen. Denn dort ist die Biodiversität, von der wir alle abhängen, besonders bedroht. Nur gesunde Meere, Moore, Wälder und Wiesen binden Kohlenstoff. Sind sie gesund, mildern sie Risiken und Folgen von Extremwetter und Schwankungen des Klimas. Nur eine vielfältige Insekten- und Vogelwelt kann Schädlinge in Schach halten. Natur braucht Raum, Arten eine Überlebenschance.

Deutschland ist das viertgrößte Industrieland der Welt und die größte Volkswirtschaft in der EU. Die EU ist der größte Markt der Welt. Zusammen sind wir Hoffnungsträger für viele weltweit, die auf eine ökologische Transformation der Wirtschaft setzen. Wir können zeigen, wie eine intakte Natur, Wertschöpfung und Wohlergehen Hand in Hand gehen. **Die nächste Bundesregierung muss den Schutz der Biodiversität zum Schwerpunktthema der G 7-Präsidentschaft 2022 machen und wieder ein Champion bei den Verhandlungen zum globalen Naturschutzabkommen werden.**

A stylized illustration of a yellow bird in flight, positioned in the lower-left quadrant of the page. The background is a light blue gradient, decorated with various abstract shapes in shades of blue, including large, dark blue leaf-like forms and smaller, lighter blue shapes that resemble water droplets or petals. The overall aesthetic is clean and modern.

Die neue Bundesregierung sollte die folgenden Sofortmaßnahmen in ihrem Koalitionsvertrag verankern und zu Beginn der Legislaturperiode auf den Weg bringen.

1. Wir geben der Natur mehr Raum.

In unseren Flüssen, Meeren, Feldern und Wäldern braucht es wieder mehr Platz für Artenvielfalt, damit die Natur wieder die Leistungen erbringen kann, von denen wir abhängen – vor unserer Haustür wie auf der hohen See. Das heißt: Neue Flächen für die Natur statt Beton und Übernutzung. Wir müssen insbesondere den ökologischen Hochwasserschutz stärken: Nachhaltig genutzte Böden in Land- und Forstwirtschaft sowie gezielter Bauleitplanung stellen sicher, dass mehr Wasser in der Landschaft versickern kann. Renaturierte Auen, Bäche und Flüsse vermindern die Hochwasserwellen nach Starkregen.

- a.** Das Bundeskabinett verabschiedet Eckpunkte für einen **Nationalen Renaturierungsplan** und stellt damit sicher, dass sich auf **mindestens 15 Prozent der Landes- und Meeresflächen** geschädigte Lebensräume erholen können. Die Umsetzung beginnt bis zur Mitte der Legislatur. Dabei erhalten die Ökosysteme Vorrang, die besondere Bedeutung für Biodiversität und Kohlenstoffbindung haben und mit guten Erfolgsaussichten wirksam renaturiert werden können (z.B. Moore, Grünland, Auen, Wälder und Seegräsflächen). Zur Finanzierung werden jährlich **500 Millionen Euro in einem Renaturierungsfonds** bereit gestellt.
- b.** **Flächen des Bundes, die renaturierungsbedürftige und renaturierbare Ökosysteme beheimaten, werden nicht länger privatisiert, sondern renaturiert.**
- c.** **Space for Nature in der Agrarlandschaft:** Landwirte werden im Rahmen der reformierten Agrarförderung dafür bezahlt, dass mindestens **zehn Prozent der Fläche von Acker- und Grünland sowie Sonderkulturen** als nicht-bewirtschaftete Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen zur Verfügung stehen. Damit hierfür attraktive Anreize entstehen, muss die nationale Umsetzung der EU-Agrarpolitik überarbeitet werden.

- d.** **Wir schaffen ein bundesweites Förderprogramm für Randstreifen an allen Gewässern – auch an Kleingewässern, damit diese sich frei von Pestizid- und Düngereinträgen naturnah entwickeln können.** Sie sollen mindestens zehn Meter breit sein und dauerhaft eine standorttypische Pflanzendecke haben. Gewässerrandstreifen, deren Ufergehölze naturnah und die abwechslungsreich gestaltet sind, puffern Stoff- und Sedimenteinträge ab, verbessern den ökologischen Gewässerzustand und dienen dem Biotopverbund genauso wie dem Insektenschutz.

- e.** **Für mehr lebendiges Grün an Fassaden sowie auf Dächern und Freiflächen erhalten Städte und Dörfer ein Förderprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr.** Das hilft, die heimische Artenvielfalt zu fördern, das Mikroklima zu verbessern und versiegelte Flächen wieder aufnahmefähig für Niederschläge zu machen.

- f.** **Solarpakt für naturverträgliche Solaranlagen: Für mehr Klima- und Naturschutz** auf den Dächern fördert die Bundesregierung künftig Photovoltaik, Solarthermie und Dachbegrünung mit bis zu 50 Prozent der Kosten.

Naturverträgliche Photovoltaik-**Freiflächenanlagen** werden doppelt genutzt für Klima- und Naturschutz: Dazu werden bundesweit anwendbare und für Projektentwickler und Betreiber verpflichtende (Mindest-)Kriterien für Bau, Betrieb und Pflege von Solarparks gesetzlich verankert, die die biologische Vielfalt auf den jeweiligen Flächen steigern.

- g.** **Es werden verbindliche Flächensparziele** für die Bundesländer mit dem Ziel einer „Netto-Null“ an **Flächenverbrauch bis 2030** verabschiedet. Ein klarer Bund-Länder-Verteilungsschlüssel und Meilensteine stellen die Umsetzung ebenso sicher wie eine Novelle des Baugesetzbuches, insbesondere der Paragraphen 13 a und b.

2. Wir schaffen Schutzgebiete, die auch tatsächlich schützen.

Schutzgebiete sind das Rückgrat des Naturschutzes, sie bieten Tieren und Pflanzen oft die letzte Rettung in einer Landschaft, die übernutzt und von den Folgen der Klimakrise gestresst ist. Doch nicht überall, wo Schutzgebiet draufsteht, sind bedrohte Arten und Lebensräume auch wirklich geschützt. Es klafft ein Finanzloch von rund einer Milliarde Euro jährlich und es mangelt an konkreten Schutzzielen sowie an deren konsequenter und kompetenter Umsetzung. Deutschland droht deshalb eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof.

- a. Eine Bund-Länder-Initiative macht Schutzgebiete zu sicheren Häfen: Bund und Länder definieren im Einklang mit den Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie **neue Qualitätsstandards und Zielmarken für gut vernetzte Schutzgebiete und stellen ihre wirksame Umsetzung sicher**. Das trägt dazu bei, dass zum Ende des Jahrzehnts **30 Prozent der Land- und Meeresflächen Europas unter Schutz stehen, zehn Prozent davon mit besonderem Vorrang vor anderen Nutzungen**. Die Hälfte der derzeitigen Meereschutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) müssen nutzungsfrei werden.
- b. Naturschutz wird endlich angemessen finanziert: Die Bundesregierung beschließt zusammen mit den Ländern einen **Sonderrahmenplans „Biodiversität“ in der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), ausgestattet mit jährlich 500 Mio. EUR**. Hiermit werden insbesondere Schutz und Managementmaßnahmen der über fünftausend deutschen Natura-2000-Schutzgebiete finanziert. Außerdem wird die Zuständigkeit der Naturschutzressorts durch eine Änderung des GAK-Gesetzes gestärkt.

Zusammen mit der weiter zu erhöhenden **Umschichtung von EU-Agrarsubventionen** entsteht ein „Geschäftsfeld Naturschutz“ für Landwirt*innen und Waldbesitzer*innen.

- c. **Hand in Hand für die Natur:** Die neue Bundesregierung fördert als Piloten die Gründung von und die Zusammenarbeit in mindestens zehn **regionalen Agrar-Naturschutzkooperativen**. Darin übertragen Landwirtschaft und Naturschutzverbände gemeinsam EU-Vorgaben in lokale Schutzziele, entwickeln und verwalten Fördermaßnahmen für Betriebe planbar und möglichst unbürokratisch. Die Erfahrungen von erfolgreichen Initiativen und Projekten (wie u.a. F.R.A.N.Z., den Landschaftspflegeverbänden, „Bio-Stationen“ und dem so genannten „Niederländischen Modell“) werden dabei genutzt und weiterentwickelt. Im Erfolgsfall ist eine bundesweite Umsetzung ab 2028 anzustreben.

3. Wir schließen einen Pakt für Artenschutz und grüne Infrastruktur.

Viele Tier- und Pflanzenarten, für die Deutschland besondere Verantwortung trägt, kämpfen seit Jahrzehnten ums Überleben und drohen zu verschwinden. Sie brauchen endlich wirkungsvolle und ernstgemeinte Hilfe – und eine Lobby in Politik und Planung. Um die Trendwende zu schaffen, sind gezielte Artenhilfsprogramme, grüne Korridore und Rückzugsräume wichtig. Wenn sich die Bestände wieder erholen und dauerhaft stabilisieren, können sie auch neue Belastungen aus dem notwendigen Ausbau einer klimagerechten Energie- und Verkehrsinfrastruktur besser abpuffern und überstehen. Vorausschauende und vorsorgende Planung muss sich frühzeitig und zwingend darum kümmern, die betroffene Natur zu sichern.

- a. Die Bundesregierung entwickelt und koordiniert vorbeugende **Hilfsprogramme für Tierarten, die besonders vom Ausbau klimafreundlicher Energie- und Verkehrsinfrastruktur betroffen** sind. Ein von den Vorhabenträgern zu finanzierender Fonds für Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen ermöglicht die Umsetzung. Klimaschädliche Infrastrukturvorhaben werden gestoppt, ein Moratorium für den Neubau von Bundesfernstraßen wird beschlossen.
- b. **Ein Netz für die Natur:** Tier- und Pflanzenarten brauchen gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise sichere Trittsteine und Wege, grüne Brücken und Inseln – in Städten und auf dem Land – um sich an die Veränderungen anpassen zu können. Mit einem solchen **„Bundes-Wildtierwegeplan“** wird der überfällige deutschlandweite Biotopverbund auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung koordiniert den bundesweiten Prozess und unterstützt finanziell aus dem Bundesverkehrswegeplan.
- c. **Ein Natur-TÜV für den Straßenbau: Die neue Bundesregierung beschließt ein sofortiges Moratorium für den Bau von Fernstraßen:** Keine Infrastruktur, die Klima und Natur schadet! Der Fernstraßenbau wird deshalb mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und Projekte darauf überprüft, ob sie verträglich mit den neuen Klima-, Naturschutz- und Flächenverbrauchszielen sind. Bundesverkehrswege müssen der Mobilitätswende dienen, Bundesgelder in den Erhalt fließen - nicht in den Neubau von Straßen.
- d. **Moderne Planung für moderne Infrastruktur. Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Gesetz) wird verbessert.** Maßstab planerischen Handelns wird es, die Öffentlichkeit verbindlich früh zu beteiligen, Gerichtsverfahren besser zu führen und Naturschutzverbände als Träger öffentlicher Belange anzuerkennen.

4. Wir fördern und fordern Landwirtschaft mit Zukunft.

Landwirtschaft als Trägerin des Naturschutzes und Garant für fruchtbare Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme - mit fairen Wirtschaftsbedingungen für Landwirt*innen, das muss Ziel und Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein. Sie muss den Europäischen Green Deal umsetzen und den Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft berücksichtigen.

- a. Die Bundesregierung beschließt einen planbaren, ökologisch zielführenden und sozial gerechten nationalen **Umwandlungspfad aus den Agrarflächenprämien** und setzt sich auf EU-Ebene für ein Ende der bisherigen Direktzahlungen der Ersten Säule ein. Deutschland regt hierfür einen europäischen **Zukunftskongress für die Landwirtschaft** an, der Vorschläge für die Neustrukturierung der EU-Politik für ländliche Räume, Ernährung und Landnutzung entwerfen soll.
- b. Bund und Länder überarbeiten die **nationale Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-Strategieplan 2023-2027)**. Der Anteil der Ökoregelungen an der Ersten Säule steigt im Lauf der Förderperiode auf 50 statt auf 25 Prozent, die Umschichtung in die Zweite Säule auf 25 statt 15 Prozent.
- c. Die Risiken durch Pestizide müssen vermindert werden – **mit einem ambitionierten nationalen Reduktionsplan**, der innerhalb der kommenden Legislatur aufgestellt und implementiert wird. Dieser Plan muss mit messbaren Etappenzielen und verbesserten Monitoringprogrammen ausgestattet sein sowie konkrete Grenzwerte für Pestizide und deren Abbauprodukte im Grundwasser festlegen. Im Einklang mit dem EU Green Deal kann so Anwendung und das Risiko von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 im Vergleich zu heute halbiert werden.
- d. Die Bundesregierung greift die Empfehlung der Zukunftskommission Landwirtschaft nach einer **Anpassung der Rinderbestände auf eine grünlandbasierte Haltung** auf und schafft ein Förderprogramm mit Weideprämien insbesondere für Milchvieh und dessen Nachzucht. Um den Aufbau von Humus sowie die Artenvielfalt des Grünlands zu fördern, wird die Prämie nach Extensivierungsgrad gestaffelt. Die Prämienhöhe ist regional angepasst so auszugestalten, dass eine flächendeckende Beweidung wirtschaftlich attraktiv ist. Darüber hinaus wird eine Obergrenze von 1,8 Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche eingeführt, um die ökologische Verträglichkeit der Tierhaltung zu verbessern.

- e. Die Bundesregierung erhöht die **Förderung des Ökolandbaus**, vor allem indem mehr EU-Agrarsubventionen umgewandelt werden. Damit Deutschland bis 2030 das Green-Deal-Ziel von 25 Prozent Flächenanteil erreicht, muss die Produktion und auch der nationale Absatz entwickelt und gefördert werden.
- f. Die Bundesregierung stellt die **Subventionen für Bioenergie aus Energiepflanzen** in Intensivkultur („Vermaisung“) ein. Zudem setzt sie sich auf europäischer Ebene dafür ein, Bioenergie aus Intensivlandwirtschaft nicht weiter als klimaneutralen, erneuerbaren Energieträger einzustufen und die Produktion von Agrokraftstoffen aus Anbaubiomasse vollständig zu beenden. So können die verheerenden ökologischen Auswirkungen wie Biodiversitätsverlust, Schadstoffeinträge in Boden und Grundwasser aufgehalten und die Produktion von Nahrungsmitteln auf ökologisch wertvollen Flächen nicht mehr verdrängt werden.

5. Wir schließen einen „Blue Deal“ für den Schutz der Meere.

Der Einfluss des menschlichen Handelns ist in den Meeren gleichermaßen verheerend wie an Land: Die Wassertemperatur erhöht sich, der Ozean versauert und bindet weniger CO₂. Wichtige Lebensräume und zentrale Funktionen des Ökosystems gehen verloren, Fischbestände werden nicht nachhaltig, sondern industriell überfischt. Nährstoffeinträge, Schadstoffe und Plastikmüll gelangen ins Meer und belasten weltweit die marinen Nahrungsnetze.

- a. Die Bundesregierung startet mit einem „Blue Deal 2030“ eine **Meeresoffensive, die unsere Verpflichtungen zum Schutz der Meere konsequent und im Einklang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen umsetzt**. Eine neue Koordinierungsstelle Meeresschutz richtet alle die Meere berührenden Entscheidungen der Bundesregierung in enger Abstimmung mit den betroffenen Bundesländern auf das Erreichen des guten Umweltzustands der Meere aus.
- b. **Die Bundesregierung investiert mindestens 100 Millionen Euro in munitionsfreie Meere:** In der deutschen Ost- und Nordsee rosten 1,6 Millionen Tonnen Munition der Weltkriege vor sich hin und gefährden das Leben im Meer, den Schiffsverkehr und die Menschen. Ein nationales Koordinationszentrum Munition im Meer steuert das Sofortprogramm zur naturverträglichen Bergung dieser Altlasten.

6. Wir stärken den Wald.

Der Wald ist ein Schatz für uns Menschen und für die Artenvielfalt, ein Joker im Kampf gegen die Klimakrise. Ein Alleskönner, wenn man ihn wachsen lässt: Kühlung, Wasserspeicher, Hochwasserschutz, Luftfilter, dauerhafter Speicher für Treibhausgase. Doch der Zustand des Waldes ist nach Dürresommern, durch Plantagenbewirtschaftung und Schädlingsbefall dramatisch schlecht. Um den Lebensraum Wald zu schützen und zu stärken, müssen wir jetzt handeln – was oft auch bedeutet, den Wald in Ruhe zu lassen. Unberührte Naturwälder dauerhaft auszuweisen, muss mit dem behutsamen Aufbau naturnaher, nachhaltig genutzter Wälder einhergehen. Für ein gesundes Waldökosystem, das aus viel mehr besteht als nur aus Bäumen – nämlich tausenden Arten von Pflanzen, Tieren, Flechten und Pilzen.

- a. Die Bundesregierung setzt das Ziel, mittelfristig **mindestens zehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder auszuweisen, die frei von forstlichen Eingriffen sind**.
- b. **Die Bundesregierung legt Ziele, Kriterien und Finanzierungsinstrumente fest**, um Maßnahmen zu honorieren, die die Ökosystemleistungen des Waldes stärken. Diese orientieren sich, jenseits vom reinen Holzzuwachs, an definierten Entwicklungszielen und an Indikatoren wie Biodiversität und Strukturvielfalt.
- c. **Die Bundesregierung stellt die Subventionierung der klima- und umweltschädlichen Verbrennung von Primärholz aus dem Wald ein** und setzt sich auf EU-Ebene dafür ein, Primärholz nicht weiterhin als klimaneutralen erneuerbaren Energieträger einzustufen. Stattdessen wird die Holzverarbeitung in einer Nutzungskaskade gefordert, in der aus Holz langlebige Produkte produziert und wiederverwertet, und Reststoffe stofflich solange wie möglich weitergenutzt werden.



7. Wir spannen einen internationalen Schutzschirm für die weltweite Artenrettung.

Die ersten Arbeitstage der neuen Bundesregierung bieten die Chance einer Trendwende hin zu wirksamen globalem Naturschutz. Damit auf der UN-Biodiversitätskonferenz COP 15 das „Paris-Abkommen für die Artenvielfalt“ geschlossen werden kann, müssen Deutschland und die Europäische Union ihre ganze politische und wirtschaftliche Kraft ausspielen. Sie müssen demonstrieren, wie die Wiederherstellung der Natur mit einer sozialverträglichen Transformation und Sprüngen nachhaltiger Innovation einhergehen kann – und gleichzeitig Entwicklungs- und Schwellenländer auf diesem Weg noch weit stärker als bisher schon unterstützen. Biodiversität weltweit zu erhalten und wiederherzustellen, ist gleichermaßen Klima-, Sicherheits- und Gesundheitspolitik im Sinne der Globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung.

- a. Globaler Champion für die Natur:** Deutschland sagt im Rahmen der globalen Biodiversitätsverhandlungen Naturschutzhilfen in Höhe von künftig zwei Milliarden Euro jährlich als Teil der öffentlichen Entwicklungsarbeit für die ärmsten Länder der Welt zu.
- b. Die Bundesregierung macht Biodiversität zu einem Schwerpunktthema der deutschen G7-Präsidentschaft im Jahr 2022:** Wenn die Staats- und Regierungschefs der wichtigen Industriestaaten glaubhaft vorangehen, steigen die Chancen auf eine ambitionierte Umsetzung des künftigen globalen Biodiversitätsabkommens.

NABU vor Ort

NABU-Bundesverband

Charitéstraße 3, 10117 Berlin
Tel. 030.28 49 84-0
Fax 030.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

NABU Baden-Württemberg

Tübinger Straße 15, 70178 Stuttgart
Tel. 07 11.9 66 72-0
Fax 07 11.9 66 72-33
NABU@NABU-BW.de
www.NABU-BW.de

NABU-Partner Bayern –

Landesbund für Vogelschutz (LBV)

Eisvogelweg 1, 91161 Hilpoltstein
Tel. 091 74.47 75-0
Fax 091 74.47 75-75
Infoservice@LBV.de
www.LBV.de

NABU Berlin

Wollankstraße 4, 13187 Berlin
Tel. 030.986 41 07 oder
9 86 08 37-0
Fax 030.986 70 51
LvBerlin@NABU-Berlin.de
www.NABU-Berlin.de

NABU Brandenburg

Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
Tel. 03 31.201 55-70
Fax 03 31.201 55-77
Info@NABU-Brandenburg.de
www.NABU-Brandenburg.de

NABU Bremen

Vahrer Feldweg 185, 28309 Bremen
Tel. 04 21.3 39 87 72
Fax 04 21.33 65 99 12
Info@NABU-Bremen.de
www.NABU-Bremen.de

NABU Hamburg

Klaus-Groth-Straße 21
20535 Hamburg
Tel. 040.69 70 89-0
Fax 040.69 70 89-19
NABU@NABU-Hamburg.de
www.NABU-Hamburg.de

NABU Hessen

Friedenstraße 26, 35578 Wetzlar
Tel. 064 41.679 04-0
Fax 064 41.679 04-29
Info@NABU-Hessen.de
www.NABU-Hessen.de

NABU Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Straße 146
19053 Schwerin
Tel. 03 85.59 38 98-0
Fax 03 85.59 38 98-29
LGS@NABU-MV.de
www.NABU-MV.de

NABU Niedersachsen

Alleestraße 36, 30167 Hannover
Tel. 05 11.91 10 5-0
Fax 05 11.911 05-40
Info@NABU-Niedersachsen.de
www.NABU-Niedersachsen.de

NABU Nordrhein-Westfalen

Völklinger Straße 7-9
40219 Düsseldorf
Tel. 02 11.15 92 51-0
Fax 02 11.15 92 51-15
Info@NABU-NRW.de
www.NABU-NRW.de

NABU Rheinland-Pfalz

Frauenlobstraße 15–19
55118 Mainz
Tel. 061 31.140 39-0
Fax 061 31.140 39-28
Kontakt@NABU-RLP.de
www.NABU-RLP.de

NABU Saarland

Antoniusstraße 18
66822 Lebach
Tel. 068 81.93 61 9-0
Fax 068 81.93 61 9-11
LGS@NABU-Saar.de
www.NABU-Saar.de

NABU Sachsen

Löbauer Straße 68
04347 Leipzig
Tel. 03 41.23 33 13-0
Fax 03 41.23 33 13-3
Landesverband@NABU-Sachsen.de
www.NABU-Sachsen.de

NABU Sachsen-Anhalt

Schleifufer 18a
39104 Magdeburg
Tel. 03 91.561 93-50
Fax 03 91.561 93-49
Mail@NABU-LSA.de
www.NABU-LSA.de

NABU Schleswig-Holstein

Färberstraße 51
24534 Neumünster
Tel. 043 21.537 34
Fax 043 21.59 81
Info@NABU-SH.de
www.NABU-SH.de

NABU Thüringen

Leutra 15, 07751 Jena
Tel. 036 41.60 57 04
Fax 036 41.21 54 11
LGS@NABU-Thueringen.de
www.NABU-Thueringen.de

